

Sitzungsperiode 2023-2024  
Sitzung des Ausschusses IV vom 4. Oktober 2023

---

### **FRAGESTUNDE\***

- **Frage Nr. 1452 von Frau HOUBEN-MEESSEN (CSP) an Minister ANTONIADIS zum ÖSHZ-Grundlagendekret**

Im Rahmen einer mündlichen Frage wurde sich bereits im April 2016 nach dem Stand der Dinge der aktuellen ÖSHZ-Gesetzgebung erkundigt.

Der Minister betonte damals, dass es in der Vergangenheit bereits Ansätze gegeben habe, das Grundlagengesetz der ÖSHZ zu überarbeiten – allerdings ohne konkrete Ergebnisse. Um diesen Prozess neu anzustoßen, habe er als Aufsichtsminister im Juni 2015 die AG Novellierung des ÖSHZ-Grundlagengesetzes ins Leben gerufen.

Die AG sei dabei, das Grundlagengesetz Artikel pro Artikel unter die Lupe zu nehmen, es mit den in den anderen Teilstaaten geltenden Bestimmungen zu vergleichen und zu bewerten (SWOT-Analyse). Falls erforderlich, macht die AG Abänderungsvorschläge. Außerdem analysiert sie, neben den Bestimmungen des Grundlagengesetzes, andere Ausführungsbestimmungen und macht gegebenenfalls Abänderungsvorschläge.

Die Arbeitsschritte „SWOT-Analyse“ und „Ausarbeitung von Abänderungsvorschlägen“ finden ebenso zeitgleich statt wie „die Erarbeitung eines Dekret-Entwurfes“ und „die Ausarbeitung von Ausführungsbestimmungen“. Ziel ist, das Dekret gleichzeitig mit den Ausführungsbestimmungen zu verabschieden.

Der Minister sei zuversichtlich, dass die Regierung dem Parlament in enger und konstruktiver Zusammenarbeit mit den ÖSHZ 2018 einen Dekretentwurf zur Novellierung des Grundlagengesetzes hinterlegen werde, hieß es in der Antwort.

In den Haushaltsdokumenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in denen die hauptsächlichen gesetzlichen Grundlagen aufgeführt sind, ist zwar das Grundlagengesetz aus dem Jahr 1976 aufgeführt, nicht aber ein auf die DG-ÖSHZ zugeschnittenes eigenes Dekret

Hierzu meine Fragen:

1. Wie ist der Stand der Dinge in dieser Akte?
2. Wann wird ein Entwurf hierzu ggf. im Parlament hinterlegt?

- **Frage Nr. 1453 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Minister ANTONIADIS zum Fachkräftemangel in der Pflege und zur Durchführung eines „Rundtischs Pflege“**

Der Fachkräftemangel ist seit geraumer Zeit in diesem Ausschuss ein viel diskutiertes Thema, vor allem im Bereich der Pflege. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

hat bereits viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Pflegesektor bei dieser Aufgabe zu stärken. Sie haben höhere Gehälter, mehr Personal, neue Berufsbilder, verbesserte Arbeitsbedingungen, eine moderne Infrastruktur und Ausstattung sowie vieles mehr beschlossen.

Der demographische Wandel wird uns allerdings in den nächsten Jahren vor weitere Probleme stellen. Umso wichtiger ist es, dass die Politik und die Einrichtungen gemeinsam nach Lösungsansätzen suchen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir vor allem außerhalb unserer Landesgrenzen Lösungsansätze finden und neues Personal rekrutieren müssen.

Am 27.09.2023 fand ein sogenannter Rundtisch statt, der dem Thema Pflege gewidmet war.

Hierzu meine Fragen:

1. Was war das Ziel des „Rundtischs Pflege“?
2. Wer hat daran teilgenommen?
3. Konnten Sie dort die nächsten Schritte im Umgang mit dem Fachkräftemangel erörtern?

• **Frage Nr. 1454 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Minister ANTONIADIS zur Schließung der Tagespflegestätte des Seniorenzentrums St. Franziskus**

Im Rahmen der letzten Regierungskontrolle am 13. September wurde über die mögliche Schließung der Tagespflegestätte des Seniorenzentrums St. Franziskus gesprochen. In Ihrer Antwort, werter Herr Minister, teilten Sie mit, dass Sie mit der Einrichtung verschiedene Lösungsstrategien diskutiert hatten und Sie nochmal das Gespräch mit dem Träger suchen wollten.

Wie das GrenzEcho allerdings am 29. September berichtete, nehmen die Verantwortlichen von der Möglichkeit Abstand, die Tagespflege und die Tagesbetreuung des Seniorenzentrums weiterhin zu betreiben.

Aus diesem Grund stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Welche Perspektiven hatten sich aus dem Gespräch ergeben, das Sie mit dem Träger führen wollten?
2. Wurden Ihnen schon die konkreten Vorschläge zu den Übergangslösungen seitens des Seniorenzentrums St. Franziskus übermittelt, von denen im GrenzEcho-Bericht die Rede ist?
3. Wie gedenkt die Regierung mit dieser neuen Entwicklung umzugehen?

• **Frage Nr. 1455 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Minister ANTONIADIS zur Suizidprävention in der Schule**

Meine Kollegin Kirsten Neycken-Bartholemy hat für die Sitzung vom 14. September eine Frage zum Thema Suizidprävention in der Schule eingereicht. Sie wurde darauf hingewiesen, dass die Frage die Gesundheitspolitik betrifft. Deswegen möchte ich diese hier stellen.

Am 10.09.2023 berichtete die RTBF anlässlich des Welttags der Suizidprävention, dass immer mehr Jugendliche und sogar Kinder Selbstmord begehen.

Eine ehrenamtliche Mitarbeiterin der Telefonhotline sagte, die jüngsten Anrufer seien 12 Jahre alt.

Daher stellen sich uns folgende Fragen:

1. Gibt oder gab es diesbezüglich Aktionen der Telefonhilfe in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft?
2. Inwiefern unterstützt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Informationskampagnen für Schülerinnen und Schüler?

- **Frage Nr. 1456 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu den Integrationsbeauftragten in den Gemeinden der DG**

Durch die Bürgerversammlung 5, die zum Thema "Integration" getagt hat, wurden dem Parlament und der Regierung der DG im vergangenen Juni interessante Empfehlungen vorgestellt. In diesem Rahmen haben wir auch erneut die Rolle und Funktion der Integrationsbeauftragten der Gemeinde Sankt Vith, Kelmis und Eupen besprochen. Diese - zurzeit sind es also drei - Personen haben einen klaren Auftrag, der sogar dekretal festgehalten ist.

Hierzu unsere Fragen:

1. Welche Rückmeldungen haben Sie bei den Integrationsbeauftragten der drei Gemeinden zu den Empfehlungen der Bürgerversammlung bisher eingeholt?
2. Reichen die Kapazitäten der Integrationsbeauftragten in den Gemeinden der DG aus, um den Auftrag zufriedenstellend auszuführen?
3. Falls Erweiterungsbedarf besteht, in welchem Rahmen wird er eingesetzt werden?

- **Frage Nr. 1457 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu neuen Konzepten für die mentale Gesundheit**

Demnächst werden wir das neue Dekret zur mentalen Gesundheit im Parlament besprechen. Sie haben in ihrer Regierungserklärung schon zwei Projekte angekündigt. Wir begrüßen diesen schnellen Anlauf, der die Aufmerksamkeit der Ecolo-Fraktion natürlich weckt: die psychosoziale Tagesbetreuung und die psychiatrischen Kurzaufenthalte.

Des Weiteren hatten Sie bereits 2020 erwähnt, dass Sie damals in Kontakt mit einem potentiellen Träger für eine Tagesstätte im Bereich der mentalen Gesundheit standen. Bisher haben wir diese aber noch nicht das Licht der Welt erblicken sehen. Wir werden eigentlich seither nur getröstet.

Es bleiben Ihnen acht Monate als Minister für Soziales. In der Regierungserklärung für diese Sitzungsperiode mussten Sie also mal "Butter bei die Fische" machen. Wir wissen weder, ob die von Ihnen angekündigten Projekte miteinander verknüpft sind, noch wie breit sie aufgestellt sein werden, ob die Konzepte von Profis aus dem Psychiaterverband ausgearbeitet worden sind oder wie viel die Umsetzung kosten wird. Hätten wir darüber vergangene Woche schon Details gekannt, wären wir in der Plenarsitzung gerne schon darauf eingegangen.

Also nutzen wir heute die Gelegenheit, Ihnen folgende Fragen zu stellen:

1. In welchem Zeitraum werden diese Projekte verwirklicht?
2. Welche Träger haben Sie mit der Umsetzung dieser Projekte beauftragt?
3. Welche Mittel haben Sie für die Projekte vorgesehen?

- **Frage Nr. 1458 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Konsum von Antidepressiva bei Minderjährigen**

Am 18. September 2023 enthüllte der SPF Santé publique alarmierende Zahlen zum Konsum von Psychopharmaka in Belgien. Jeder vierte Belgier hat demnach im Jahr 2022 Psychopharmaka konsumiert, nämlich 2,9 Millionen Patienten. Der föderale Gesundheitsminister Franck Vandenbroucke nennt dies eine echte "Gesundheitskrise", auf die reagiert werden muss.

Diese Krise betrifft auch die Jüngsten. Bei Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren lag der Konsum von Antidepressiva im Jahr 2022 um 60 % höher als im Jahr 2018, so das Grenz-Echo vom 19. September 2023. Bei den 19- bis 24-Jährigen lag dieser Anstieg bei 40%.

Die psychische Gesundheit ist bei Minderjährigen eines der zentralen Gesundheitsprobleme. Wenn Schwierigkeiten frühzeitig auftreten, kann es sich auf alle Bereiche des Lebens auswirken: Die Entwicklung des Kindes, seine Emotionen, sein Verhältnis zu sich selbst, zu Sprache und Körper, seine familiären, freundschaftlichen, partnerschaftlichen und sozialen Bindungen, seine Schulzeit und sein berufliches Leben sind durch diese Probleme mitunter massiv beeinträchtigt.

Man würde daher erwarten, dass alles getan wird, um dagegen vorzugehen. Neben den Behandlungen müssten die Anstrengungen vor allem in der Prävention liegen. Die aktuellen Zahlen zeigen uns jedoch, dass wir uns in Bezug auf die Betreuung in einer Sackgasse befinden. Erkenntnisse und Studien zeigen einen Zusammenhang zwischen der übermäßigen Medikation und dem Mangel an therapeutischen Optionen zur Betreuung von Minderjährigen.

Angesichts dieser Feststellung stellen wir Ihnen folgende Fragen:

1. Welche Maßnahmen ergreift die DG im Bereich der Prävention der psychischen und mentalen Gesundheit von Minderjährigen aller Altersgruppen?
2. Welche Präventionsmaßnahmen wurden in den letzten Jahren eingeführt, um dem starken Anstieg von emotionalen und psychischen Störungen bei Minderjährigen entgegenzuwirken?
3. Welche Maßnahmen werden darüber hinaus durchgeführt, um eine Übermedikation von Minderjährigen zu vermeiden?

• **Frage Nr. 1459 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den Verschreibungen von Psychopharmaka**

In den letzten fünf Jahren sind die Verschreibungen von Psychopharmaka um knapp 70% gestiegen und bei Jugendlichen sind es immerhin noch 60%. Das ist ein rasanter Anstieg, der zu denken gibt. Immerhin handelt es sich bei Antidepressiva, Schlafmitteln oder Benzodiazepinen um Medikamente, deren Verschreibung wohlüberlegt sein muss. Sie erfüllen ohne jeden Zweifel eine wertvolle Funktion für den Patienten, ihr Gebrauch sollte allerdings vom verschreibenden Arzt sorgsam begleitet werden. Um Gesundheitsdienstleister für einen verantwortungsvollen und überlegten Umgang mit der Verschreibung einschlägiger Mittel zu sensibilisieren, hat der föderale Gesundheitsminister Vandenbroucke eine Kampagne lanciert.<sup>1</sup>

Einen großen Effekt verspricht man sich davon, alle involvierten Dienstleister in die Kampagne aufzunehmen: sowohl Ärzte als auch Apotheker und Psychologen.

Die Webseite der Kampagne „usagepsychotropes.be“, auf der sich alle relevanten Informationen für Gesundheitsdienstleister befinden, ist zurzeit ausschließlich auf Französisch oder Niederländisch verfügbar.

Meine Fragen hierzu lauten:

1. Kann man einen solchen Anstieg der Verschreibungen von Psychopharmaka auch hier in der DG beobachten?
2. Welche Rolle kann die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf Sensibilisierungsmaßnahmen übernehmen?
3. Kann man in naher Zukunft davon ausgehen, dass die Website auch in deutscher Sprache zur Verfügung stehen wird?

---

<sup>1</sup> <https://www.grenzecho.net/95881/artikel/2023-09-18/belgier-schlucken-zu-viele-beruhigungsmittel-und-antidepressiva>

- **Frage Nr. 1460 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Recht auf Abtreibung**

Der 28. September ist der Internationale Tag für das Recht auf Abtreibung. Dieses Datum ist für viele Frauen in Ländern wichtig, in denen Abtreibung immer noch strafbar ist.

Seit 1999 ist die Abtreibung in Belgien unter gewissen Umständen erlaubt und inzwischen wird dieses Recht durch das Gesetz vom 15. Oktober 2018 gewährleistet. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft bleibt die allgemeine praktische Situation dennoch komplex und begrenzt. Die DG verfügt beispielsweise nicht über eine "Familienplanungsstelle" ("planning familial") im gleichen Sinn, wie es im Rest der Wallonie der Fall ist. Die Beratung, die psychologische und medizinische Begleitung und auch den eigentlichen Eingriff und die Nachbehandlung an einer Stelle und, was wir sehr wichtig finden, möglichst in meiner Muttersprache zu erfahren, finden wir für die Frauen nötig, um diesen schwerwiegenden Schritt wohlüberlegt und in Würde gehen zu können.

Dazu unsere Fragen:

1. Wie kann die DG der VoG Prisma mehr Sichtbarkeit geben, damit eine klare und offizielle Information über Abtreibung für Frauen hier angeboten werden kann?
2. Welche Sensibilisierung unternimmt die DG bei den Frauenärzten, damit Frauen rechtzeitig zu Prisma orientiert werden?
3. Ist es vorgesehen, dass über den Weg zu Prisma Abtreibungen in der DG durchgeführt werden können, wie es der Fall bei den "planning familial" im französischsprachigen Teil des Landes ist?

- **Frage Nr. 1461 von Frau HUPPERTZ an Minister ANTONIADIS zu den Mitteln, die die Föderalregierung für den Kampf gegen Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen freimacht**

Die belgische Föderalregierung hat zusätzliche Mittel zur Bekämpfung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen bereitgestellt. Der Anteil übergewichtiger Erwachsener liegt bereits bei 49 Prozent, mit 16 Prozent, die unter Adipositas leiden. Bei Kindern zwischen zwei und 17 Jahren beträgt der Anteil 19 Prozent, mit sechs Prozent Adipositas.

Die Regierung plant Maßnahmen wie kostenlosen Zugang zu Ernährungsberatung für betroffene Kinder und die Schaffung von 25 spezialisierten Adipositaszentren. Prävention durch Bewegung und gesunde Ernährung ist ein weiterer Schwerpunkt. Insgesamt sind etwa elf Millionen Euro für diese Initiative vorgesehen, mit einer Evaluierung der Effektivität nach einem Jahr.

Meine Fragen:

1. Wie bewerten Sie die Initiative der Föderalregierung?
2. Gibt es Zahlenmaterial zu den Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft?
3. Ergreift die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten weitere Maßnahmen?

- **Frage Nr. 1462 von Frau HUPPERTZ an Minister ANTONIADIS zum Glücksspiel bei jungen Menschen**

Das BRF berichtete am 28. September 2023 über die neuesten Zahlen der Glücksspielkommission.<sup>2</sup> Mehr als die Hälfte aller Belgier zwischen 18 und 30 Jahren wettet,

---

<sup>2</sup> <https://brf.be/national/1761591/>; 28. September 2023

tippt oder spielt und 13 Prozent spielen täglich. Dabei erklärten viele junge Menschen, dass die Werbung sie animiert hätte.

Meine Fragen:

1. Gibt es Zahlenmaterial über die Deutschsprachige Gemeinschaft?
2. Welche Präventionsmaßnahmen gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft?

• **Frage Nr. 1463 von Frau HUPPERTZ an Minister ANTONIADIS zu den psychologischen Hilfsangeboten**

Am 26. September 2023 berichtete der BRF über eine bemerkenswerte Entwicklung: "Immer mehr Belgier nehmen psychologische Unterstützung in Anspruch", seitdem psychologische Hilfsangebote rückerstattet werden. Seit Einführung dieser Rückerstattungsregelung haben zusätzlich etwa 180.000 Belgier psychologische Hilfe in Anspruch genommen. Es gibt zwei besonders interessante Aspekte dieser Entwicklung:

Erstens, der Vorsitzende der Christlichen Krankenkassen betont, dass 44 Prozent der Versicherten, die nun psychologische Beratung erhalten, zuvor keinen Anspruch auf Kostenerstattung hatten. Dies bedeutet, dass eine völlig neue Zielgruppe von dieser Regelung profitiert.

Zweitens zeigt sich ein besonders hoher Bedarf bei Frauen zwischen 18 und 29 Jahren. Wenn diese Frauen in finanziell schwierigen Situationen sind, geben erstaunlicherweise 65 Prozent von ihnen an, psychologische Unterstützung zu benötigen. Allerdings berichtet die Hälfte dieser Frauen, dass sie Schwierigkeiten haben, die für sie geeignete Hilfe zu finden. Bei Männern in der gleichen Altersgruppe und vergleichbaren sozioökonomischen Verhältnissen geben sogar zwei Drittel der Befragten an, dass sie keine passenden psychologischen Angebote finden können.

Meine Fragen:

1. Gibt es Zahlenmaterial, wie die Entwicklung der in Anspruchnahme von psychologischen Hilfsmitteln in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist?
2. Hat die Neuregelung der Rückerstattung Einfluss auf das Angebot des Beratungs- und Therapiezentrum?

• **Frage Nr. 1464 von Frau HUPPERTZ an Minister ANTONIADIS zur Hotline 1712 – Sexueller Missbrauch oder Gewalt gegen Kinder**

1712 ist eine Hotline, die Menschen anonym kontaktieren können.

Der BRF berichtete, dass in Flandern die Anzahl der Personen, die sexuellen Missbrauch oder Gewalt gegen Kinder melden, in letzter Zeit deutlich zugenommen hat. Das Hilfstelefon 1712 verzeichnete in den letzten drei Wochen einen Anstieg von rund 800 Anrufen, was einem Anstieg um ein Drittel im Vergleichszeitraum zum Vorjahr entspricht.

Die Meldestelle führt diese Zunahme auf die gegenwärtig hohe öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen Missbrauch und Gewalt zurück.

Wenn Sie die Website <https://www.1712.be/> aufrufen, werden Sie feststellen, dass sie in den folgenden Sprachen verfügbar ist: Französisch, Niederländisch und Englisch.

Meine Fragen:

1. Gibt es eine vergleichbare Rufnummer in deutscher Sprache in der Deutschsprachigen Gemeinschaft?
2. Gibt es eine vergleichbare Webseite in deutscher Sprache in der Deutschsprachigen Gemeinschaft?
3. Ist eine vergleichbare Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festzustellen?

• **Frage Nr. 1465 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den pflegenden Angehörigen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

In Belgien übernehmen etwa 12% der Bevölkerung die Rolle der Pflegeperson für einen Verwandten oder eine nachstehende Person. Dies bedeutet, dass mehr als eine Million Menschen in unserem Land, erhebliche Teile ihrer Zeit der Betreuung von beispielsweise ihren demenzkranken Partnern oder ihren beeinträchtigten Kindern widmen. Diese Informationen sind im Memorandum der wallonischen VoG „Aidants proches“ festgehalten.<sup>3</sup>

Die Personen die im allgemeinen Sprachgebrauch als „pflegende Angehörige“ bezeichnet werden, haben seit 2017 die Möglichkeit ihren Status als „nahestehende Hilfsperson“ (so die offizielle Bezeichnung) anerkennen zu lassen. Diese Anerkennung gewährt ihnen unter bestimmten Umständen das Recht auf bis zu drei Monate Sonderurlaub für die Pfllegetätigkeit. Allerdings zeigt die VoG „Aidants proches“ auf, dass viele Betroffene zunächst auf ihren gesetzlichen Urlaub zurückgreifen oder sogar unbezahlten Urlaub in Anspruch nehmen oder sich krankmelden, um die notwendige Pflege leisten zu können.

Bemerkenswert ist, dass 40% der Betroffenen das Thema am Arbeitsplatz nicht ansprechen und somit auch keinen Anspruch auf den Sonderurlaub geltend machen. Darüber hinaus sind nicht alle „pflegenden Angehörigen“ darüber informiert, dass Sie die Kriterien für die Anerkennung als „nahestehende Hilfsperson“ erfüllen und dadurch soziale Vorteile in Anspruch nehmen könnten.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Wie viele Personen sind in etwa in der DG als „nahestehende Hilfsperson“ anerkannt?
2. Wo können betroffene Bürgerinnen und Bürger in deutscher Sprache Informationen über ihre Rechte erhalten?
3. Besteht die Möglichkeit, die Öffentlichkeit für dieses Thema mehr zu sensibilisieren, damit diejenigen, die Anspruch auf Anerkennung haben, davon erfahren?

• **Frage Nr. 1466 von Frau Stiel (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Exklusivvertrag Pfizer**

Die Tagesschau berichtete am 06.09.2023 von zwischen EU und Bund abgeschlossenen Verträgen.<sup>4</sup>

Thomas Preis, Chef des Apothekerverbands Nordrhein, habe gegenüber der „Rheinischen Post“ erklärt, Deutschland müsse in diesem Jahr 17,5 Mio und in den zwei Folgejahren je 15 Millionen Impfdosen in Mehrfachdosenbehältern abnehmen.

Aus demselben Bericht geht hervor, dass der Bund nur noch der Impfstoff von BioNTech/Pfizer bezahlt, nicht aber den von anderen Herstellern.

Diese Aussage wurde laut Tagesschau allerdings vom Bundesgesundheitsministerium dementiert, jedoch äußert man sich nicht zu den Verträgen mit der Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl Impfstoffe abzunehmen.

Da die Herbstimpfkampagne in der DG startet, habe ich folgende Fragen an Sie:

1. Welche Impfstoffe werden für die Herbstkampagne in der DG eingesetzt?
2. Ist Ihnen bekannt, ob es Verträge zwischen der EU und der belgischen Föderalregierung gibt, durch die der Staat sich verpflichtet hat, in den kommenden Jahren eine gewisse Anzahl Impfungen zu kaufen?

<sup>3</sup> [https://www.docaidants.be/wp-content/uploads/2023/06/AP\\_memorandum.pdf](https://www.docaidants.be/wp-content/uploads/2023/06/AP_memorandum.pdf)

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/biontech-bund-1-vertraege-100.html>